

Haushaltsrede der FWG-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2017
des Rhein-Pfalz-Kreises

Sehr geehrter Herr Landrat Körner,
sehr geehrte Herren Kreisbeigeordnete,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon verblüffend, wie schnell ein Jahr vorüberzieht. Ist uns doch der Haushaltsentwurf des Jahres 2016 noch gut in Erinnerung, sind wir nun gehalten über den Haushaltsentwurf 2017 heute zu debattieren und einen Beschluss herbeizuführen der uns die darin enthaltenen Planungen im kommenden Jahr in die Realität umsetzen lässt, so die ADD ihn auch genehmigt. Vorab möchten wir uns mit einem Lob bei der Verwaltungsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis, die mit der Ausarbeitung des umfassenden Vorberichtes, sowie des umfangreich erarbeiteten Haushaltsplanentwurfes 2017 betraut waren, recht herzlich bedanken. Aufgeworfene Fragen wurden kurzfristig, plausibel und ausführlich beantwortet.

Wie in all den Jahren zuvor, möchten wir auch in unserer diesjährigen Stellungnahme zum Haushaltsplan ausdrücklich auf die Aufzählung von reinen Zahlenkolonnen verzichten und unsere Kommentierung, wie in all den Jahren bereits praktiziert, auf einige markante Eckwerte beschränken.

Der aufgestellte Haushaltsplan 2017, ein Werk bestehend aus 10 Teilhaushalten mit 115 Produkten und mehr als 400 Leistungen, weist im Ergebnishaushalt, prognostizierte Gesamterträge in Höhe von rd. 213,6 Mio. € aus. Nach Abzug der veranschlagten Gesamtaufwendungen von rd. 210,8 Mio. € ergibt sich ein noch positives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit von rd. 2,811 Mio. €, das wiederum nach Hinzurechnung eines negativen Finanzergebnisses von rund 2,778 Mio. € auf einen hauchdünnen Überschuss von rd. 33.000,- € zusammenschmilzt und somit die im letzten Jahr prognostizierte schwarze **0** um Haaresbreite übersteigt. Gemessen am geplanten Ergebnis von 2016 dennoch eine minimale Ergebnisverschlechterung 7.000,- €. Ob dieses geplante Ergebnis erreicht oder gar übertroffen werden kann, wird uns die Entwicklung des kommenden Jahres und die Jahresrechnung 2017 offenbaren.

Wir begrüßen die Bemühungen der Verwaltungsführung, hier einen Haushaltsentwurf 2017 zu kreieren, ohne dabei auf das in den letzten Jahren oftmals angewandte Instrument der Kreisumlageerhöhung zurückzugreifen. Dennoch führt die Beibehaltung des Umlagesatzes von 43% zu einer Erhöhung von rd. 610 Tsd. €. Im Interesse der Kreisgemeinden und deren vielfältigen Aufgaben sollte unser Ehrgeiz darin liegen, dass ein Umlagesatz von mehr als 43 % zukünftig ein Tabuthema ist und bleibt. Vielerorts ist hier die Schmerzgrenze erreicht. Wir wiederholen bereits an dieser Stelle unseren seit Jahren vertretenen Standpunkt, den Mut dazu aufzubringen, bestimmte defizitäre freiwillige Leistung ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen. Wir werden am Ende unseres Statements hierzu nochmals eindringlich Stellung beziehen

Die verhältnismäßig gute Konjunkturlage und das stetig steigende Steueraufkommen bescheren uns hierbei einen Zuwachs bei den Landeszuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz. Allerdings schwebt über alle dem das Damoklesschwert der weltweiten politischen Veränderungen, der insgesamt angespannten weltweiten Sicherheitslage, die sich ganz schnell negativ auf die Konjunkturlage und somit auf das Steueraufkommen und –einkommen der Länder auswirken können.

Die „Euro-Schuldenkrise“ ist nach wie vor noch aktuell und noch nicht gänzlich bewältigt, sie ist lediglich aufgrund der aktuelleren Ereignisse wie Bürgerkriege, weltweiter Anstieg des Terrors, die weltweite Flüchtlingssituation in den Hintergrund gerückt. In dieser, u.E. unkalkulierbaren Zeit genügt der berühmte Funke um das Blatt innerhalb kürzester Zeit zu wenden. Schauen wir zu den Eurostaaten wie bspw. Italien, Spanien und Frankreich. Deren Wirtschafts- und Finanzlage ist geradezu desaströs, das Wirtschaftswachstum nahe 0, das gestrige italienische Referendum, die Wahlergebnisse der nun aktuell anstehenden Parlamentswahlen in Frankreich und evtl. Italien könnten kippen und ganz Europa beeinflussen.

Die Gefahr einer Rezession lauert permanent. Aufgrund dieser Einschätzung sehen wir, wie bereits erwähnt, einen vorrangigen Überprüfungsbedarf der defizitären freiwilligen Leistungen und deren evtl. nachhaltigen Korrektur.

Die prognostizierten Gesamtausgaben im Ergebnishaushalt steigen im kommenden Haushaltsjahr auf rd. 210,8 Mio. € an. Es ist verständlich wenn diese Summe die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt.

Aber wir sind uns alle darüber auch bewusst, dass der uns vorliegende Haushaltsentwurf eine fast reine Pflichterfüllungsfibel darstellt und für „das hätten wir gerne“ keinerlei Spielraum vorhanden ist.

Die vielfach beschworene kommunale Selbstverwaltung, wird mangels ausreichender Finanzausstattung immer häufiger an die Grenzen des Machbaren geführt. Gerade in Rheinland-Pfalz erscheint es am häufigsten, dass Kreise und kreisfreie Städte, als Träger der Sozialhilfe, immer stärker in die negative Schieflage zwischen Einnahmen und Ausgaben rutschen. Eine positive Nachsteuerung durch die Bundes- und Landesregierung muss hier dringend erfolgen um einer stetigen Abgründtendenz der Kommunen entgegenzuwirken.

Wobei wir uns nun dem Thema Sozialleistungen, genauer gesagt dem Sozial- und Jugendbereich zuwenden, der in diesem Haushaltsentwurf wieder mit neuen Rekordzahlen aufwartet.

Der Aufgabenbewältigung dieses Ressorts, der größtenteils dem Kreis durch Landes- und Bundesregierung aufgebürdet wird, entstehen im Teilhaushalt 5 (Jugend/ Eingliederungshilfen) Ausgaben in Höhe von rd. 105,5 Mio. €, was wiederum zu einem ungedeckten Zuschussbedarf von rd. 48,2 Mio. € führt. Im Teilhaushalt 6 (Soziales, Senioren, Betreuungen) verursachen Ausgaben in Höhe von 44,9 Mio. € einen Zuschussbedarf von rd. 10,2 Mio. €. Insgesamt gesehen stehen dem Jugend- und Sozialbereich Erträge in Höhe von rd. 92 Mio €, Aufwendungen von 150,4 Mio. € gegenüber und generieren dadurch einen Zuschussbedarf von rd. 58,3 Mio. €

Damit werden die Einnahmen aus der Kreisumlage von rd. 66 Mio. € bis auf einen kläglichen Rest von rd. 7.6 Mio €. für das Defizit der sozialen Sicherung benötigt. Diese Zahlen machen mehr als deutlich was für die vielen anderen Aufgaben noch als Spielraum verbleibt.

Wie bereits bei der letztjährigen Haushaltsdebatte von uns thematisiert, ist es nach wie vor bedrückend, wenn wir die stetig ansteigenden Fallzahlen, sei es bei Eingliederungshilfen für behinderte Menschen, Hilfe nach Maß oder vollstationären Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege, wie auch in der Jugendhilfe, z.B. die Inobhutnahme von Kindern registrieren müssen. Unabhängig der Kostenverursachung erfüllt uns diese fortwährende Entwicklung in der Bevölkerung mit Sorge und es ist schon die Frage aufzuwerfen, warum eine quantitativ und qualitative Betreuung in den Kindertagesstätten,

die immer höhere Zahl von Krippen- und Ganztagesplätzen, scheinbar keinen Niederschlag in den sich immer weiter erhöhenden Fallzahlen der Jugendhilfe findet.

Dass den Mitbürgerinnen und Mitbürger, und Menschen, die sich alleine im Leben nicht mehr zurechtfinden, entsprechende Hilfen gewährt werden, ist keine Frage. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss für unsere Fraktion nicht, dass auf ein effektives Controlling und Überprüfen der Leistungen verzichtet werden kann. Die Zielsetzung von sozialen Leistungen sollte immer sein, mit den betroffenen Menschen zusammen Lösungen zu entwickeln, ihr Leben wieder eigenverantwortlich gestalten zu können.

Die Endlosschraube „Soziale Leistungen“ dreht sich daher unaufhörlich weiter und schnürt uns in unserer finanziellen Bewegungsfreiheit immer stärker ein. Wer hat noch einen Überblick über die von Land und Bund auf die Kommunen übertragenen Aufgaben, die Finanzströme, die, so scheint es, irgendwie hängenbleiben, nur nicht bei den Kommunen? Die kommunalen Spitzenverbände sind daher weiterhin gefordert spürbare Entlastungen massiv einzufordern, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die Gemeinden ihr „gemeindliches Leben“ vor Ort für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht mehr werden erfüllen können.

Die Umsetzung der investiven und dringend erforderlichen Maßnahmen verursacht einen prognostizierten Finanzmittelfehlbedarf von ca. 21,9 Mio. €, und damit wird die Gesamtverschuldung voraussichtlich zum Jahresende 2017 auf 111,3 Mio. € erhöhen. Dass es sich hierbei um dringende Maßnahmen, hauptsächlich im Baubereich der Schulen, Hallenbäder und Verkehrsinfrastruktur handelt, ist uns bewusst. Aufgrund der in den vorangegangenen Jahren registrierten Kostensteigerungen bei verschiedenen Bauprojekten, legen wir weiterhin Wert auf ein effizientes Kostencontrolling, von der Erstellung des Leistungsverzeichnisses bis zur Schlussrechnung.

Zwar wirkt sich die derzeitige Niedrigzinsphase auf dem Kreditmarkt ausgabenmindernd aus. Aber wie sieht es aus, nach Auslauf der Zinsfestschreibung, auch wenn dies erst in einigen Jahrzehnten eintritt?

Die Verschuldung wird wohl nicht rückläufig werden, wenn sich nicht, wie bereits erwähnt, grundlegend etwas ändert.

Im Bereich der Beschaffung von Unterkünften für Flüchtlinge möchten wir der Verwaltung ein Lob aussprechen.

Die im Haushaltsplan 2016 ist für den Erwerb und den zweckmäßigen Umbau von größeren Anwesen zur Verfügung gestellten Betrag von 5 Mio. € wird mittelfristig zur Entlastung der laufenden Unterbringungs- und Mietkosten beitragen.

Die Integration dieser Menschen ist eine Langzeitaufgabe. Dazu benötigen wir eine engere Zusammenarbeit und kürzere Wege der Gemeinden mit Kreisverwaltung und Jobcenter. Wir wünschen uns sehr, dass die Übertragung dieser Aufgaben auf die Gemeinden auch dazu beitragen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Alle Jahre wieder, möchte ich auch dieses Mal, angesichts der prognostizierten Schuldensteigerung auf mehr als 111 Mio. €, die etwas provokante Frage stellen ob wir uns die ein oder andere freiwillige Leistung noch „leisten“ können? Uns Allen dürfte auch heute bewusst sein, dass dies so aus den aufgezeigten Gründen in die falsche Richtung läuft. Ist es nach wie vor vertretbar den Bestand von Kreishallenbädern in der derzeitigen Form aufrecht zu erhalten? Alle Jahre wieder fordern wir hierzu eine Diskussion, auch in Zeiten als wir noch Koalitionspartner waren. Der Umbau des Kreishallenbades Römerberg ist zwar gestartet und nicht mehr aufzuhalten, aber die nächste Bäderbaustelle kommt bestimmt.

Wir vertreten nach wie vor die Meinung: „Die beste Politik ist immer die, dem Bürger die Wahrheit zu sagen!“

Die Fraktion der FWG wird dem Haushaltsentwurf in vorgelegter Form zustimmen.

Wir wünschen der Verwaltung und Ihnen, sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen ein friedvolles und gesegnetes Weihnachten, einen guten Rutsch in ein erfolgreiches und hoffentlich friedliches neues Jahr 2017.